

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 060/2006 (BJD)

Auftrag überparteilich: Konzept Solothurn City (KSC) (17.05.2006)

Der Regierungsrat wird beauftragt ein Konzept in die Wege zu leiten, dass eine Verdichtung der Solothurner Städte und gleichzeitig eine Eindämmung der zunehmenden Zersiedelungen zum Ziel hat. Es ist allerdings darauf zu achten, dass durch dieses Konzept kein Standortnachteil für das kantonale Wirtschaftswesen entsteht. Diese Ziele sollen durch Verknüpfungen geplanter Bauprojekte und intensives Lobbying Seitens des Kantons erreicht werden.

Begründung (17.05.2006): schriftlich

In der gesamten Schweiz wie auch im Kanton Solothurn fand insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten eine enorme Zersiedelung statt. Neue Einkaufszentren, Wohnquartiere und Industriebauten schossen wie Pilze aus dem Boden. Diese Entwicklung bringt eine Reihe negativer Aspekte mit sich:

- Für die Erschliessung dieser grossflächigen Siedlungsentwicklungen müssen neue Verkehrsverbindungen geschaffen werden. Bestehende Ressourcen können nicht genutzt werden.
- Das Landschaftsbild verändert sich dahingehend, dass vorhandene Naherholungsgebiete und Grünflächen verschwinden.
- Die Städte verlieren zunehmend an Bevölkerung und Gewerbe und somit an Attraktivität.

Diese Probleme werden zwar verschiedentlich angesprochen und diskutiert, jedoch resultierten daraus bisher keinerlei Lösungen. Dies ist unseres Erachtens auf den fehlenden Druck der Öffentlichkeit zurückzuführen und auf den nötigen Ansporn durch die öffentliche Hand.

Die Bevölkerungszahl in der Schweiz stagniert seit Jahren und doch wird immer mehr Neuland bebaut. Im Gegenzug dazu verschwindet Industrie und Bevölkerung aus den Städten, was in Zukunft zu weiteren Problemen führen dürfte. Dieser Trend ist umgehend aufzuhalten oder zumindest zu verlangsamen. Dieses Problem ist teilweise auf die verfehlte Verkehrspolitik der Kommunen zurückzuführen. Autofreie Innenstädte, überteuerte oder keine Parkmöglichkeiten sowie schlechte Verbindungen im Bereich öffentlicher Verkehr und ungenügende Erschliessungen führen zu einer erhöhten Fluktuation der Allgemeinheit aus den Städten.

Weitere mögliche Massnahmen:

- Die Situation in den Agglomerationen bezüglich Verkehr muss zwingend verbessert werden. Im Mehrjahresprogramm National- und Kantonsstrassen soll in Zukunft verstärkt auf eine Verbesserung dieser Situation gezielt werden.
- Im Bereich Raumplanung soll eine übergeordnete Zusammenarbeit bzw. eine Vereinheitlichung auf kantonaler Ebene geprüft werden.
- Als Massnahme kann beispielsweise in Erwägung gezogen werden, Neubauten die auf bisher unbebautem Gebiet entstehen sollen, finanziell zu belasten und im Gegenzug Verdichtungsprojekte zu unterstützen. Primär soll allerdings die anhaltende Fluktuation aus den Städten verhindert werden.

Unterschriften: 1. Christian Imark, 2. Heinz Müller, 3. Hans Rudolf Lutz, Samuel Marti, Fritz Lehmann, Walter Gurtner, Rolf Sommer, Beat Ehram, Bruno Oess, Ursula Deiss, Peter Müller, Urs Weder, Brigit Wyss, Stephanie Affolter, Thomas Woodtli, Trudy Küttel Zimmerli, Robert Hess. (17)